

pommern verhindert, da sie erhebliche Schäden für die weiteren Wahlen sah. Zudem existieren verschiedene Verflechtungen auf personaler Ebene; über die Delegierten werden die Positionen der Landesverbände in den Parteitag repräsentiert. Die Wahl in die weiteren Gremien, das heißt in die Parteiaus-schüsse und in die engere Parteiführung, ist allerdings nicht nur unter Pro-porzgesichtspunkten zu sehen, sondern auch Ausdruck von Persönlichkeits-faktoren. Das beste Beispiel für diese Kombination von Einflussfaktoren liefert Angela Merkel: Obwohl sie aus einem kleinen Landesverband kommt, der zudem in der Opposition ist, hat sie sich durchsetzen können und ist sogar Parteichefin und Kanzlerin geworden. Auch in der Programmarbeit zeigt sich dieses Phänomen: So hat Matthias Platzeck – als Person wie als Repräsen-tant – das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates in die Diskussion der SPD-Bundespartei eingebracht. Auch bei den Liberalen war es für die Ost-deutschen von Vorteil, dass Cornelia Pieper aus Sachsen-Anhalt viele Jahre Generalsekretärin und stellvertretende Parteivorsitzende war und einige Papie-re mit Bezug zur speziellen Situation in den neuen Bundesländern ausarbeitete. Trotz aller Autonomie der Landesver-bände ist laut *Träger* kein Eingreifen der Bundespartei erforderlich gewesen, um eine ostdeutsche Gliederung poli-tisch auf Kurs zu bringen. Das liegt vor allem daran, dass sie eine gemeinsame Wertebasis und Grundsatzprogramma-tik aufweisen. Möglichweise sind dabei aber auch die finanziellen Unterstüt-zungsleistungen der Bundespartei von Bedeutung, die im Zeitverlauf und bei Wahlkämpfen eine große Rolle gespielt haben.

Abschließend – nach 500 Seiten diffe-renzierter und detaillierter Darstellung der innerparteilichen Strukturen – sieht *Hendrik Träger* kaum Möglichkeiten zur Generalisierung seiner Forschungs-ergebnisse. Die Parameter, die organi-satorische Ressourcen beschreiben – das heißt Wahlergebnisse, Mitglieder-zahl, Stellung im politischen System des Landes – können den Einfluss nicht erklären: Die innerparteilichen Prozes-se sind seines Erachtens dazu „zu kom-plex“. Daher ist die Bildung „generel-ler Kategorien nicht zweckmäßig“, so das Fazit.

Dies lässt sich durchaus anders sehen und zeigt ein bisschen das Dilemma dichter Beschreibungen. Entweder wird die Fülle empirischer Details umfang-reich dargestellt – wie im vorliegenden Fall –, dann wird jedoch eine theoretische Erschließung und Vertiefung schwierig. Oder aber, die Arbeit ver-folgt stärker theoretische Ambitionen, dann müssen die Befunde aggregiert, typisiert und nach kausalen Mechanis-men gesucht werden. Letzteres ist für die Entwicklung der Parteienforschung dringend geboten.

Josef Schmid

VERGLEICH POLITISCHER SYTEME

Rothgang, Heinz, Mirella Cacace, Lorraine Frisina, Simone Grimmeisen, Achim Schmid und Claus Wendt. *The State and Healthcare. Comparing OECD Countries*. Basingstoke. Palgrave Macmillan 2010. 278 Seiten. 75 €.

Die Gesundheitspolitik ist eher ein Stiefkind der deutschen Politikwissen-schaft. Viel zu oft werden Debatten in diesem Feld Medizinern, Ökonomen

und Gesundheitswissenschaftlern überlassen. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt der Bremer Sonderforschungsbereich (SFB) „Staatlichkeit im Wandel“ dar, in dem sich mehrere Arbeitsgruppen mit gesundheitspolitischen Fragestellungen befassen. Die vom Gesundheitsökonom *Heinz Rothgang* geleitete Gruppe hat nun mit diesem Band Erträge aus den ersten beiden Förderphasen des SFB in instruktiver Weise zusammenfasst.

Was die Arbeiten der Bremer Gruppe gerade für Politikwissenschaftler, und auch für solche mit Interessenschwerpunkten in anderen Bereichen, interessant macht, ist der konsequente Fokus auf die Rolle des Staates in der Gesundheitspolitik und auf die Art und Weise, wie sich diese im Zuge jüngerer Reformbemühungen in den Ländern der OECD-Welt wandelt. *Rothgang et al.* schlagen dabei zunächst eine neuartige Typologisierung von Gesundheitssystemen vor: Während sich die herkömmliche Einteilung in staatliche, private und Sozialversicherungssysteme fast ausschließlich an der Dimension der Finanzierung orientiert, kommen hier die Dimensionen der Leistungserbringung (wird Gesundheitsversorgung durch staatliche oder private Einrichtungen erbracht?) und der Regulierung (wer steuert die Gesundheitsversorgung?) hinzu. Auf diese Weise gelangen die Autoren zu einer differenzierteren Zuordnung der einzelnen Gesundheitssysteme, die es erlaubt, hybride Organisationsformen, wie sie sich etwa in den Niederlanden, aber zunehmend in der Mehrzahl der OECD-Staaten finden, angemessen zu beschreiben. Eine hieran anknüpfende zentrale Frage, der die internationale Vergleichsstudie nachgeht, ist die nach der Richtung von Reformen in der Gesundheitspolitik in entwi-

ckelten Demokratien: Finden sich universelle Trends zu Rückbau und Privatisierung? Befördern Reformen die Vielfalt institutioneller Lösungen oder führen sie vielmehr zu einer zunehmenden Konvergenz der Systeme?

Der Aufbau des Buches folgt einem zweistufigen Untersuchungsdesign. Nachdem der erste Teil die Vorgehensweise dargelegt hat, widmen sich Kapitel von *Schmid*, *Cacace* und *Rothgang* sowie *Schmid* und *Wendt* im zweiten Teil der sich wandelnden Rolle des Staates in der Finanzierung beziehungsweise Leistungserbringung. Beide Abschnitte basieren auf einer quantitativen Analyse von Daten der hochentwickelten OECD-Staaten (OECD 23). Sie machen etwa deutlich, dass über die untersuchten Staaten hinweg einerseits der Anteil öffentlicher Gesundheitsausgaben am BIP kontinuierlich zunimmt, der Staat sich aber zugleich aus der Leistungserbringung zunehmend zurückzieht und diese dem privaten Sektor überlässt. Der dritte Teil des Buches nimmt mit drei Fallstudien die Entwicklung der Gesundheitssysteme, die gemeinhin als Prototypen gelten, unter die Lupe: *Grimmeisen* und *Frisina* untersuchen das britische Beveridge-System mit Nationalem Gesundheitsdienst, *Rothgang*, *Schmid* und *Wendt* das auf dem Sozialversicherungsprinzip basierende deutsche Bismarck-System, und *Cacace* das privatwirtschaftlich organisierte US-System. Diese Beispiele machen insbesondere deutlich, dass die Rolle des Staates gerade in der Regulierung in so unterschiedlichen Gesundheitssystemen keineswegs abnimmt, sondern im Gegenteil zunimmt.

Das abschließende Kapitel von *Rothgang* macht mit der Zusammenschau der Ergebnisse deutlich, dass sich in

den Gesundheitssystemen der OECD-Welt einerseits ein allgemeiner Trend zu zur Privatisierung findet, zugleich aber auch starke Konvergenztendenzen und eine Hybridisierung der Systemtypen. Die Schlussfolgerungen aus dieser Zusammenfassung fallen allerdings etwas knapp aus: Hier hätte sich die Leserin eine Diskussion der Relevanz dieser Erkenntnisse in Hinblick auf die sich wandelnde Rolle des Staates im Allgemeinen und Veränderungen politischer Steuerungsmöglichkeiten und -strategien gewünscht. Nichtsdestoweniger bietet der Band eine informative Lektüre für an Theorie und Empirie politischer Steuerung und am Wandel von (Wohlfahrts-) Staatlichkeit interessierte Leser.

Claudia Landwehr

POLITIKFELDANALYSE

Dreier, Horst, Friedrich Wilhelm Graf und Joachim Jens Hesse (Hrsg.). *Staatswissenschaft und Staatspraxis*. Baden-Baden. Nomos 2011. 474 Seiten. 98 €.

Der Staat ist zurück. Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist staatliches Handeln wieder verstärkt zu beobachten. Zugleich hat – so das Urteil der drei Herausgeber des hier zu rezensierenden Sammelbandes – das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu einer stärkeren Diskussion von Staat und staatlichem Handeln geführt.

Der von *Horst Dreier*, *Friedrich Wilhelm Graf* und *Joachim Jens Hesse* herausgegebene Band nähert sich Staatlichkeit sowie der Diskussion um das

Verschwinden, Zerfasern und Wiedererstarken des Staates aus verschiedenen Blickwinkeln an. Dies schlägt sich in einer Dreigliederung des Buches nieder: Im ersten Abschnitt des Buches wird, inspiriert durch das Lissabon-Urteil des BVerfG, das Thema Staat und Europa untersucht, der zweite Abschnitt widmet sich vor dem Hintergrund der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise dem Handeln des Staates in Zeiten der Krise, und der dritte (inhaltlich umfangreichste) Teil versammelt vor allem Texte zu Veränderungen von Staatlichkeit und deren Grundlagen. Diesen drei Abschnitten vorangestellt führt *Joachim Jens Hesse* recht breit in die Beiträge des Sammelbandes ein und skizziert zugleich die wesentlichen Punkte der Diskussion von Staat und Staatlichkeit.

Die Eröffnung für die unter der Überschrift „Nationalstaat und Europa“ versammelten Texte hat *Dieter Langewiesche* verfasst. *Langewiesche* nähert sich dem Phänomen Staat in historischer Perspektive und verweist auf die Einzigartigkeit des europäischen Integrationsprozesses: „Dass bestehende Nationalstaaten freiwillig und vertraglich geregelt Souveränitätsrechte abgeben, um sich einer supranationalen Institutionenordnung einzufügen, hat in der Vergangenheit nirgendwo einen Vorläufer“ (35). Anschließend zeigt *Werner Abelshausen*, dass am Anfang eher wirtschaftliche Gesichtspunkte die europäische Integration bestimmten; zunehmend jedoch politische Überlegungen die europäischen Nationalstaaten zur Souveränitätsabgabe führen. *Peter M. Huber* widmet sich Fragen der Legitimation der EU und der in Brüssel getroffenen Entscheidungen. Leicht resigniert stellt er dabei fest, dass die Wahlen des Europäischen Par-